

Robert Hoffert

Gesellschaftlicher Kitt oder desintegratives Gift?

Zur Rolle der Religion im amerikanischen Wahlkampf

Die Präsidentschaftswahlen in den USA werden dieses Mal womöglich mehr von immateriellen Leidenschaften denn von wirtschaftlichen Interessen geprägt sein. Das Thema Religion spielt hierbei die zentrale Rolle und könnte den ökonomischen Themen die Aufmerksamkeit streitig machen. Welche Folgen kann ein derart positionierter Wahlkampf für das Land und künftige Politikführung haben?

Robert Hoffert

ist Professor (em.) an der Colorado State University und war dort Dekan am College of Liberal Arts. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen der Liberalismus im anglo-amerikanischen Raum sowie die amerikanische Politische Theorie, vor allem das politische Denken in der Gründerzeit.
mbhoffert@comcast.net



Etwa 51 % der Über-18-Jährigen in den USA sind Protestanten (Davon sind 26 % Evangelikale, 18 % gehören sogenannten *Mainline Churches* an, protestantischen Großkirchen mit moderater theologischer Auffassung, 7 % sind in historisch tradierten und aus der Zeit vor den großen Bürgerrechtsbewegungen stammenden Kirchen für Farbige organisiert). 24 % sind römisch-katholisch, 1,5 % Anhänger der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen), 1,5 % sind Christen anderer Glaubensrichtungen, 5 % sind nicht-christlichen Glaubens und 17 % sind nicht religiös. Die Christen unterteilen sich in insgesamt 217 aktive Konfessionen und eine schnell wachsende Anzahl an lokalen, nicht-konfessionellen Kirchen, die oft um einen charismatischen spirituellen Führer herum organisiert sind.

Die am schnellsten wachsende Gruppe in den USA ist in diesem Zusammenhang die der Nicht-Religiösen. Heute beschreibt sich ein Viertel aller 18- bis 29-jährigen Amerikaner als nicht-religiös bzw. als ohne religiöse Zugehörigkeit. Die römisch-katholische Kirche hat einen dramatischen

Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen. Waren vor einiger Zeit noch ein Drittel aller Volljährigen Mitglieder der katholischen Kirche, sind es heute weniger als ein Viertel – und der Rückgang an Mitgliedern wäre entschieden dramatischer, käme nicht ein Großteil der Einwanderer aus den traditionell katholischen Ländern Mittel- und Südamerikas. Insgesamt wechseln Amerikaner ihre religiöse Zugehörigkeit zurzeit häufiger. Prägte früher das religiöse Erbe der Familie die eigene religiöse Identität, hat heute fast die Hälfte aller Amerikaner die religiöse Zugehörigkeit mindestens einmal geändert.

Rousseau hat 1762 den Begriff der Zivreligion geprägt, unter dem er die Legitimation der Autorität des Staates und die Stützung der zivilgesellschaftlichen Kohäsion durch ein nicht-dogmatisches Glaubensbekenntnis verstand. Obwohl Rousseau Religion als »Sprache des Vulgären« bezeichnete, schätzte er deren Fähigkeit, dem Glaubwürdigkeit zu verleihen, was die Menschen nicht auf andere Weise begreifen konnten. Zivreligion oder bürgerliche Religion war in Rousseaus Augen eine der wenigen Möglichkeiten, egoistische Impulse zu unterdrücken und die Vorteile des im Gesetz verankerten Gemeinwohls zu lehren: Ein essenzielles erzieherisches Mittel, welches das soziale Fundament für eine vernunftbasierte öffentliche Ordnung lieferte.

In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts beschrieb ein anderer Franzose, Alexis de Tocqueville, Zivreligion als unver-

zichtbar, um eine gesunde demokratische Republik in Amerika aufrechtzuerhalten. In seinen Augen sollte die Zivilreligion zwar keinen direkten Einfluss auf die Regierung haben, aber dennoch die wichtigste politische Institution in Amerika darstellen. Zivilreligion kanalisiert seiner Interpretation nach die Vorstellungskraft, achtete auf den egalitären Impuls der amerikanischen Demokratie und schuf somit die Möglichkeit einer stabilen und ausreichend gerechten demokratischen Ordnung; »Während das Gesetz den Amerikanern erlaubt, zu tun was sie wollen, hindert die Religion sie daran, das zu ersinnen und zu vollbringen, was übereilt und ungerecht ist.«

Um aber als sozialer Kitt zu fungieren, muss Zivilreligion die doktrinären Haltungen aus den Lehren der Offenbarungsreligion vermeiden. Stattdessen sollte sie Trägerin göttlicher Autorisierung für die etablierte öffentliche Ordnung sein, die sich in Ritualen wie den patriotischen Feiertagen, Symbolen, wie der Flagge, aber auch in Praktiken, wie dem Fahneneid oder den obligatorischen Nennungen Gottes in politischen Reden und in Gründungs- und anderen nationalen Mythen, manifestiert.

Der neue, desintegrative Charakter der Religion

Die Tradition der Zivilreligion in Amerika gibt einen Hinweis darauf, warum die Religion, aller Voraussicht nach, zu den entscheidenden Faktoren der Präsidentschaftswahl 2012 zählen wird und warum es so schwierig ist, ihren spezifischen Einfluss auf die Wahlergebnisse zu prognostizieren. Zivilreligion hat sich in Amerika 2012 so verändert, dass sie ebenso sehr, wahrscheinlich gar mehr, zur sozialen Desintegration denn zur sozialen Integration beiträgt. Zivilreligion lebt heute in zunehmend bekenntnisorientierter, also zunehmend christlicher und verstärkt dogmatischer Gestalt fort, weit entfernt vom eins-

tigen Diktum Eisenhowers (»Es spielt keine Rolle, was Du glaubst, solange Du glaubst«). Aggressive Angriffe auf die »falsche Theologie« und den »uneigentlichen Glauben« sprechen bestimmten gesellschaftlichen Führern, Institutionen und Werten ihre religiöse Legitimität ab. Anstatt alle Amerikaner in einer breiten Allianz im Namen der Gründerväter zu vereinen, hat die Religion tiefe Antagonismen von Verrat und von der »wahren« Verehrung der amerikanischen Wurzeln hervorgebracht.

Zugleich sind religiöse Zugehörigkeiten in Amerika zutiefst zersplittert und von jedweder prägenden Tradition entkoppelt. Die religiösen Querschnittsthemen, die für Amerikaner eine zentrale Bedeutung haben, sind zahlreich und erzeugen mehr Konflikt als Einigung und mehr Inkohärenz als Integration. In diesem Zusammenhang stehen folgende Fragen:

Sind etwa Mormonen Christen? Ist das Engagement der Evangelikalen für die Bibel kompatibel mit ihrem Eintreten für die Republikanische Partei? Sind politische Regulierungen in den Bereichen Abtreibung, Schwulenrechte und Fortpflanzung angemessen für eine demokratische Gesellschaft, in der die Mehrheit solche Regulierungen ablehnt? Ist die Definition von Barack Obamas religiöser Zugehörigkeit als Muslim – und ergo als »unamerikanisch« – legitim? Befinden sich protestantische Kirchen mit moderater theologischer Ausrichtung und evangelikale, dogmatischere Kirchen in einem Kampf um Authentizität? Würdigen die Vorwürfe gegen Barack Obamas ehemaligen Pastor Rev. Jeremiah Wright das religiöse Ansehen Obamas herab? Ist das Erbe der Gründerväter das einer rein christlichen Nation? Gibt es noch einen Rest an Glaubwürdigkeit in einer katholischen Kirche, die diejenigen beschützt, die sich an Unschuldigen vergangen haben aber Nonnen bestraft, die sich mehr für das Wohl der Armen einsetzen als dass sie Abtreibung und Schwule verdammen?

In den Wahlen 2012 präsentiert sich also eine voll mobilisierte Religion, die soziale Spaltungen sowie politischen Konflikt und Instabilität hervorgebracht hat. Das Ideal einer Zivilreligion, die sich als inklusiv und tolerant begreift, ist oftmals implizit, aber auch offen als prinzipienlos und schwächlich verworfen worden. In vielerlei Hinsicht kann die gegenwärtige Rolle der Religion in der US-Wahl und in der US-Politik allgemein als instrumentell beschrieben werden, durch deren Einsatz die Gesellschaft zunehmend unzivil geworden ist. Anstatt das gemeinsame Zusammenleben zu stärken, wird Religion in wachsendem Ausmaß dazu missbraucht, private und sektiererische Interessen zu schützen; anstatt den Mörtel der politischen Kultur Amerikas zu liefern, ist Religion giftig geworden und frisst sich durch die fragilen Schichten der gesellschaftlichen Einheit.

Bei den Wahlen im Herbst geht es um mehr als um die Entscheidung zwischen Obama und Romney und über die Mehrheit im Kongress. In der Tat bedeutet dieser religiöse Sumpf enorme Herausforderungen für beide Kandidaten. Die Wahl wird vor allem ein Indikator dafür sein, was aus

einer zunehmend religiösen Nation wird, die dabei ist, ihren religiösen Kern zu verlieren. Der bisher am stärksten religiös aufgeladene Wahlkampf der vergangenen 50 Jahre ist bereits eingeleitet worden. Religion jedoch bietet keinem der beiden Kandidaten einen strategischen Vorteil, wird dafür aber die Polarisierung in der amerikanischen Bevölkerung vorantreiben und die dämonisierenden Attacken zwischen den beiden Lagern vervielfachen.

Das nachhaltigste Vermächtnis dieser Wahl mag womöglich ein zutiefst ironisches sein: Die entflammende Rolle der Religion, vor allem zielgerichtet durch die politische Rechte instrumentalisiert, kann durchaus zu einer Renaissance der liberalen Werte und Prinzipien führen. Wie die Geburt des Anglo-Liberalismus während der Unabhängigkeitskriege gezeigt hat, liegt im Zerfall der religiösen Institutionen, dem Chaos des religiösen Dogmas und der Abscheulichkeit der religiösen Intoleranz auch eine große Chance für eine nachhaltige Trennung von Kirche und Staat, für eine pluralistische Politik und eine offene, tolerante Kultur.

(Aus dem Amerikanischen von Tobias Konitzer) ■

Lewis Hinchman

Wahlkampffinanzierung in Amerika

Die US-Wahlen werden heute durch Milliardäre und große Firmen immer stärker beeinflusst. Damit ist genau das Gegenteil von dem eingetreten, was die beiden großen Reformen der Wahlkampffinanzierung von 1974 und 2002 ursprünglich beabsichtigt hatten. Doch wie und warum konnten diese Reformen scheitern?

Lewis Hinchman

(*1946) ist Professor für Politikwissenschaft an der Clarkson University in Potsdam/New York. Veröffentlichte 2007 gemeinsam mit Thomas Meyer das Buch: *The Theory of Social Democracy*.

lhinchma@clarkson.edu



1974 hat der amerikanische Kongress die weitreichendste Reform der Wahlkampffinanzierung in der Geschichte des Landes gebilligt, indem er das *Federal Election Campaign Act* (FECA) von 1971 novellierte und verschärfte. Die Reformen sollten den illegalen Wahlkampfspenden und schwarzen Konten der Watergate-Ära